



05.11.2025

Antrag an das österreichische Wirtschaftsparlament, Sitzung am 27.11.2025, betreffend

SOZIALE ABSICHERUNG FÜR UNTERNEHMER:INNEN – ES BRAUCHT LÖSUNGEN FÜR LANGZEITKRANKENSTÄNDE

Begründung:

Die aktuellen Modelle sozialer Absicherung von EPU und Kleinstunternehmer:innen stellen diese in Situationen, in denen sie aus gesundheitlichen Gründen nicht arbeitsfähig sind, rasch vor existenzbedrohenden Schwierigkeiten. Besonders in Fällen von Langzeitkrankenstand können dramatische Situationen entstehen: Neben der schon belastenden gesundheitlichen Situation versagen auch die Optionen sozialer Absicherung vollends.

Es braucht daher Adaptionen in folgenden Bereichen:

- Unterstützungsleistung im Krankheitsfall ab dem 8. Tag der Krankheit unabhängig von der Gesamtdauer der Arbeitsunfähigkeit
- Die Höhe der Unterstützungsleistung soll analog zum Krankengeld der Unselbständigen bemessen werden. Berechnungsbasis ist die durchschnittliche Beitragsgrundlage der vergangenen zwei Jahre.
- Während des Bezugs der Unterstützungsleistung sollen Unternehmer:innen bei voller Weiterversicherung automatisch von den SV-Beiträgen befreit sein.
- Der Bezugszeitraum soll sich an den Zeiten der unselbständig Versicherten, also 26/52/78 Wochen, orientieren.
- Abschaffung der Selbstbehalte im Sinne der Prävention schwerer Erkrankungen

UND JETZT:

GRÜNE WIRTSCHAFT



Die Fraktion der Grünen Wirtschaft stellt daher folgenden Antrag:

Das Wirtschaftsparlament fordert das Präsidium der Wirtschaftskammer auf, an die zuständigen Stellen in der Bundesregierung sowie die Sozialversicherungen heranzutreten, um eine Verbesserung der sozialen Sicherungssysteme für Selbstständige, insbesondere bei Fällen von (Langzeit-)Krankenständen zu beschließen.

Für die Fraktion der Grünen Wirtschaft:

Sabine Jungwirth

August Lechner

Christine Seemann

Georg Kaltschmid

Hans Arsenovic

Rita Newman